

Slowakei

Kai-Olaf Lang

Die im Juli 2010 ins Amt gekommene Mitte-Rechts-Regierung von Iveta Radicova verfolgte nach innen eine Politik der Transparenz und der fiskalkonservativen Marktorientierung, in der Außenpolitik führte sie, teils bilateral, teils eingebettet in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, traditionelle Schwerpunkte slowakischen Engagements fort. Hierzu gehörten die Politik gegenüber den östlichen Nachbarn oder die Heranführung des Westbalkans an die EU. Sichtbarer als bislang betonte die Slowakei in ihrem Außenhandeln Werte und Grundprinzipien. Deutlich entwickelte sich auch der mitteleuropäische Vektor, was insbesondere aus dem Vorsitz des Landes in der Visegrad-Gruppe zwischen Juli 2010 und Juni 2011 resultierte. Zum Schlüsselthema und letztlich zur Schicksalsfrage Radicovas wurden jedoch die Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Verschuldungskrise in der Eurozone.

Innenpolitik: Heterogene Regierung Radicova

Nach dem Amtsantritt konzentrierte sich die Regierung Radicova darauf, zentrale Wahlkampfversprechen umzusetzen und dadurch Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu gewinnen. Im Vordergrund standen daher der Feldzug gegen die um sich greifende Korruption und die Genesung der Staatsfinanzen. Der Kampf gegen Günstlingswirtschaft in Staat und Verwaltung (öffentliche Auf- und Verträge wurden ins Internet gestellt), die Reform der Justiz und die Zerschlagung klientelistischer Strukturen bildeten die Kernelemente der von der Regierung in Angriff genommenen und weithin positiv aufgenommenen Antikorruptionsagenda. Haushaltskonsolidierung, steigende Preise und Steuererhöhungen dürften jedoch ein Grund für die ungebrochen hohe Popularität der wichtigsten Oppositionspartei, Smer-Sozialdemokratie (Smer-SD), gewesen sein.

Probleme bereitete der Premierministerin von Anfang an das Funktionieren der Regierungskoalition. Das aus vier Parteien (der konservativ-liberalen SDKÚ-DS, der Christdemokratischen Bewegung KDH, der liberalen Freiheit und Solidarität [SaS] sowie der mehrheitlich in der ungarischen Minderheit verankerten Partei Most-Híd [Die Brücke]) bestehende Bündnis der rechten Mitte litt sowohl unter Reibereien zwischen der katholischen KDH und der säkulären SaS als auch zwischen der „ungarischen“ Most und nationalen Strömungen in den anderen Parteien. Kleingruppierungen, deren Vertreter auf den Listen von SaS und Most kandidierten (die Gewöhnlichen Leute [OL] bzw. die Konservative Bürgerpartei [OKS]), versuchten, sich immer wieder abzugrenzen. Lange waren vor allem die OL und ihr Anführer Matovic ein Unsicherheitsfaktor für die Koalition, die seit Anfang 2011 nur noch über 77 der 150 Parlamentsmandate verfügte.¹ Als schwierig und letztlich zu schwierig erwies sich aber das Verhalten der SaS und ihres Vorsitzenden (und Parlamentspräsidenten) Richard Sulík. Die Partei, die in Umfragen immer wieder an die 5%-Grenze kam, suchte lange nach Profil und galt daher im Rahmen des Regierungsbündnis-

¹ Ursprünglich besaß die Regierungskoalition 79 Abgeordnete. Anfang 2011 verließ ein KDH-Parlamentarier seine Partei. Im Februar trat Matovic aus der SaS-Fraktion aus, wobei die drei restlichen Abgeordneten der OL zunächst noch dort verblieben.

ses als das „schwächste Glied in der Kette“.² Insbesondere die unnachgiebige Haltung der SaS in Sachen Euro-Rettung hat der Regierungschefin zunehmend Probleme bereitet.

Die Slowakei und die Verschuldungskrise

Nachdem sich die Regierung Radicova durch die Ablehnung des ersten Griechenland-Pakets herber Kritik in der Eurozone ausgesetzt gesehen hatte, agierte sie seit Herbst 2010 bei Versuchen zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung flexibler. Das Nein zu den Griechenland-Hilfen wurde dabei in der Rückschau als Erfolg gewertet, der etwa dazu beigetragen habe, die geordnete Insolvenz als eine mögliche Variante zu einer dauerhaften Lösung von Verschuldungsproblemen in die Diskussion eingebracht zu haben.³ Im Juni stimmte die slowakische Regierung der Aufstockung des EFSF sowie der Einrichtung des permanenten Rettungsschirms ESM zu. Ein wichtige Bedingung für die Slowakei war hierbei eine Veränderung des Aufteilungsschlüssels für die ESM-Beiträge, die dem Land geschätzte 1,17 Mrd. Euro brachte.⁴ Dennoch regte sich in der Regierungskoalition Widerstand, dessen Wortführer Richard Sulik und seine SaS waren. Sulik bezeichnete die angestrebten Änderungen im EFSF bzw. der ESM als „einen Ventilator, mit dem ein Feuer gelöscht werden soll“⁵. Für die SaS geht es beim EFSF darum, „dass ein armes Land (die Slowakei) Geld reicheren Ländern (Griechenland, Italien) beizusteuern hat, damit die besagten Länder ihren Lebensstandard über ihre Verhältnisse halten können“⁶. Da Sulik und die SaS nicht bereit waren, bei der für die Ratifizierung der EFSF-Erhöhung erforderlichen Abstimmung im Parlament mit Ja zu stimmen, bahnte sich eine veritable Regierungskrise an. Denn ohne Sulik fehlte Radicova die notwendige Mehrheit.⁷ Robert Ficos Smer-SD hatte (trotz prinzipieller Befürwortung der Ratifizierung) angekündigt, die Regierung in der EFSF-Frage nicht zu unterstützen, wenn sie dies nicht aus eigener Kraft schaffe – offensichtlich wog für Fico die Chance schwerer, innenpolitisch aus dem Konflikt im Regierungslager Kapital zu schlagen, als frühzeitig seine Zustimmung zu signalisieren. Als die entscheidende Abstimmung nahte, unterbreitete die SaS letzte Kompromissvorschläge. Diese beinhalteten jedoch Regelungen, die für die Koalitionspartner unannehmbar waren, so etwa die Einrichtung einer aus Vertretern aller Parlamentsparteien bestehenden Kommission, die dem slowakischen EFSF-Repräsentanten Weisungen erteilen würde und in der jedes Mitglied ein Vetorecht hätte. Auch forderte die SaS für die Unterstützung des EFSF-II eine slowakische Zurückweisung des ESM.⁸ Letzte Vermittlungsversuche noch am Tag der Abstimmung halfen denn auch ebensowenig, wie der Versuch der Regierungschefin, durch die Verknüpfung des EFSF-Entscheids mit der Vertrauensfrage Druck auf die SaS auszuüben. SaS-Chef Sulik blieb intransigent. Am 11. Oktober 2011 stimmten dann nur 55 von 124 anwesenden Abgeordneten für den Rettungsschirm

2 Politologovia: Najslabsie ohnivko vladnej retaze je SaS, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 15.6.2011, www.aktualne.sk.

3 Slowakisches Außenministerium, Sprava o plneni uloh zahranicnej politiky Slovenskej republiky v roku 2010, o.O., o.D. www.mzv.sk.

4 Die Slowakei (wie auch Estland und Slowenien) setzte durch, dass nicht der EFSF-Schlüssel (der sich an Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl ausrichtet) zur Anwendung kam, sondern eine Formel, die stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichtet ist; Slovensko a dalsie staty vyjednali „ferovejsi“ kluc prispievania do ESM, Meldung der Nachrichtenagentur TASR vom 21.3.2011, www.finance.sk.

5 Richard Sulik: Euroval je hasenie ohna ventilatorom, Interview der slowakischen Ausgabe von Euractiv mit Richard Sulik vom 30.8.2011, www.euractiv.sk.

6 Eurorettungsschirm. Der Weg zum Sozialismus, Material der SaS auf Deutsch, o.O., o.D., <http://strana-sas.sk>.

7 Außer der SaS lehnten auch Abgeordnete aus den kleineren Koalitionsparteien OKS sowie OL die Ratifizierung der EFSF-Aufstockung ab.

8 SaS otocila. Koalicii dala sancu na kompromis, in: Sme, 6.10.2011, www.sme.sk

und damit für die Premierministerin.⁹ Zwei Tage nach dem Fall der Regierung bestand für die oppositionelle Smer-SD kein Hinderungsgrund mehr, der EFSF-Ausweitung zuzustimmen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten war die Slowakei das letzte Land in der Eurozone, das das EFSF-II akzeptierte. Die Mitte-Rechts-Regierung war jedoch hierüber zerbrochen. Die drei verbleibenden Regierungsparteien und die Smer-SD einigten sich auf vorgezogene Neuwahlen im März 2012.

Vorsitz in der Visegrad-Gruppe

Im Juli 2010 übernahm die Slowakei turnusgemäß den zwölfmonatigen Vorsitz in der (zusammen mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn gebildeten) Visegrad-Gruppe (V4). Die Verstärkung der Kontakte, ein intensiverer Zusammenhalt, gegenseitige Solidarität und mehr Information, so das Ziel Bratislavas, sollten ein „effektives Visegrad“ sichern.¹⁰ Ein besonderer Schwerpunkt der slowakischen Präsidentschaft bestand darin, die europapolitische Dimension der Gruppe weiterzuentwickeln und Akteure aus der EU sowie wichtige externe Partner an die Viererzusammenarbeit anzudocken. An den regelmäßigen Zusammenkünften der vier Premierminister vor Treffen des Europäischen Rats nahmen im September Ratspräsident van Rompuy und im Dezember Kommissionspräsident Barroso teil. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Visegrad-Gruppe wurden im Februar 2011 die Regierungschefs der Ukraine, Österreichs und Deutschlands zum Vierer-gipfel nach Bratislava eingeladen. Die von der slowakischen Präsidentschaft definierten und in der (vom Jubiläums-Summit verabschiedeten) Erklärung von Bratislava manifestierten Hauptziele der quadrilateralen Kooperation schrieben die vorrangigen Handlungsfelder der vergangenen Jahre fort.¹¹ Sie umfassen Bereiche wie Infrastruktur, Sicherheitspolitik oder Kultur. Auch während der slowakischen Präsidentschaft standen jedoch die Themen EU-Haushalt (u.a. Visegrad-Brief gegen Abschaffung des Europäischen Sozialfonds), Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik (z.B. Außenministertreffen V4, Deutschland und Länder der Östlichen Partnerschaft mit Teilnahme der Hohen Vertreterin Ashton und Kommissar Füle im März 2011) und nicht zuletzt Energiepolitik im Vordergrund.¹² Insbesondere das Vorhaben eines „Nord-Süd-Korridors“ in Ostmittel- und Südosteuropa wurde von Vertretern der Visegrad-Gruppe entschlossen vorangetrieben.

Slowakisch-ungarische Beziehungen: Pragmatismus und Spannungen

Die Beziehungen zum Nachbarland Ungarn blieben weiterhin schwierig, allerdings konnte trotz gravierender Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung Orban ein pragmatischer Dialog eingeleitet werden. Ministerpräsidentin Radicova war nach ihrem Amtsantritt bemüht, die „nicht sehr produktive“ und teils „konfrontative“ Phase¹³ in den slowakisch-ungarischen Beziehungen zu überwinden. Anders als ihre Vorgängerin sah die Regierung

9 Mit Ja stimmten die Abgeordneten der Regierungsparteien SDKU-DS, KDH, Most-Hid sowie je ein Parlamentarier von OL und OKS. Die SaS und je drei Vertreter von OL und OKS nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die Smer-SD enthielt sich der Stimme, während die SNS und zwei ihrer Ex-Abgeordneten mit Nein stimmten.

10 Program Slovenského predsedníctva Vyšehradskej skupiny – V4 (Juli 2010 – Juni 2011), Efektivný Vyšehrad – koninuita, sudrznost, solidarita, informovanost, o.O., o.D., www.mzv.sk.

11 Vgl. The Bratislava Declaration of the Prime Ministers of the Czech Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Poland and the Slovak Republic on the occasion of the 20th anniversary of the Visegrad Group, Bratislava, 15.2. 2011 www.visegradgroup.eu.

12 Vgl. Vyrocná správa o plnení programu predsedníctva Slovenskej republiky vo Vyšehradskej skupine, o.O., o.D., www.mzv.sk.

13 So die Sicht des slowakischen Außenministeriums, Ministerstvo zahraničných vecí Slovenskej republiky, Zahraničná politika v roku 2010, Vyrocná správa 2010, Bratislava, 2011, S. 11.

Radicova in den umstrittenen Schritten Budapests keine Gefahr für die Slowakei. Zwar stellten das ungarische Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft, die neue ungarische Verfassung und das geplante Wahlrecht für Auslandsungarn ein Problemdreieck dar, doch sei die Slowakei für daraus resultierende Allfälligkeiten gewappnet.¹⁴ Innenpolitisch schwierig war für die Regierungskoalition, dass Budapest wenig auf die slowakischen Befindlichkeiten einging: Obwohl Bratislava bei Fragen der ungarischen Minderheit Entgegenkommen zeigte (so wurden die Gesetze über die Staatssprache und die Verwendung von Minderheitensprachen im Sinne der Minderheiten modifiziert; ebenso sollte das Gesetz, das Inhabern einer Doppelstaatsbürgerschaft den slowakischen Pass abnimmt, abgeschwächt werden – was allerdings am Widerstand unter Koalitionsparlamentariern scheiterte), kündigte Viktor Orban im Frühjahr 2011 an, im Ausland lebenden Ungarn die Möglichkeit zu geben, an ungarischen Parlamentswahlen teilzunehmen.

Umso erstaunlicher war es, dass der Austausch auf offizieller Ebene (nach vier Jahren Pause kam es im Dezember 2010 erstmals wieder zu einer Sitzung der bilateralen gemischten Kommission für europäische und euroatlantische Angelegenheiten) und in einigen Politikfeldern voranging (etwa im Energiebereich, wo die Regierungschefs den Bau einer Gaspipelineverbindung vereinbarten, die bis 2015 fertiggestellt sein soll).

Engagement in den Nachbarschaften: Osteuropa und Westbalkan

Weiterhin gehörten die Fortentwicklung der Östlichen Partnerschaft und die Heranführung der Staaten des westlichen Balkans an die EU zu den Prioritäten slowakischer Europapolitik. Besonderes Augenmerk galt dem Transfer von Transformationserfahrungen, der Stärkung der Zivilgesellschaften sowie Projekten, die aus der slowakischen Entwicklungshilfe finanziert wurden. Für die Slowakei war es in diesem Zusammenhang auch ein Erfolg, dass Ex-Außenminister Miroslav Lajcak zum nicht zuletzt mit diesen Themen befassten Abteilungsleiter Europa und Zentralasien im Europäischen Auswärtigen Dienst ernannt wurde.

Mit Blick auf die östlichen Partnerländer der EU konzentrierten sich die Anstrengungen der Slowakei wie bislang auf die Ukraine und Moldau, denen unter anderem bilaterale Aktionspläne zur Weitergabe slowakischer Expertise bei Wirtschaftsreform, Rechtsangleichung oder Korruptionsbekämpfung angeboten wurden.¹⁵ Ein neuer Akzent waren die gesteigerten Aktivitäten gegenüber Belarus. Außenminister Dzurinda trat etwa nach den Repressalien infolge der belarussischen Wahlen für eine konsequente Politik der EU inklusive Sanktionen gegenüber dem Lukaschenko-Regime ein. Gleichzeitig suchte er den Kontakt mit Aktivisten der demokratischen Opposition. Hintergrund scheint eine stärkere Betonung von Werten in der Außenpolitik zu sein, die sich z.B. auch im slowakischen Engagement für kubanische Regimekritiker äußerte. Auch gegenüber bzw. auf dem Westbalkan, einer „dauerhaften Priorität“ der slowakischen Außenpolitik,¹⁶ blieb die Slowakei präsent, sei es durch eine intensive Besuchsdiplomatie, die weitere Beteiligung an den EULEX und Althea sowie EUPM-Missionen im Kosovo bzw. in Bosnien-Herzegowina oder das Eintreten für eine zielstrebige Fortführung des Erweiterungsgeschehens.

14 Außenminister Dzurinda erklärte, die ungarische Minderheit sei loyal, der slowakische Pass ebenso wie die Währung, also der Euro, attraktiv, und überdies sei man in der Lage, politisch und rechtlich gut reagieren zu können. Aktivita Madarska nas ohrozit nemôžu, vyhlasil Dzurinda, Meldung des Portals, Topky vom 25.05.2011, www.topky.sk.

15 Vgl. Slowakisches Außenministerium, Sprava o plneni ..., wie Fn. 3.

16 So Außenminister Dzurinda, Dzurinda: Zapadny Balkan bude vzdy nasou prioritou, Meldung des Portals Euractiv.sk vom 21.6.2011, www.euractiv.sk.